

Mobbing im Netz hat schlimme Folgen

INTERNET Erwachsene, Jugendliche und sogar Kinder werden via Internet und Handy gemobbt. Eine CVP-Politikerin will dies nun mit einer neuen Bundesstelle verhindern helfen.

JAN FLÜCKIGER
jan.flueckiger@neue-lz.ch

Falsche Informationen, peinliche Fotos oder gefälschte Bilder im Internet verbreiten, jemanden via E-Mail, Chat oder auf sozialen Netzwerken belästigen, verleumden oder erpressen: Das ist Cybermobbing. Mit den sozialen Netzwerken auf dem Internet hat Mobbing, ein anderes Wort für «jemanden fertigmachen», eine neue Dimension angenommen.

Als Beispiel der Fall der Zentralschweizerin Miriam S., die selbst Opfer von Cybermobbing wurde. Angefangen hatte alles mit einer Freundschaftsanfrage auf Facebook. Miriam kannte die Person nicht und bestätigte die Freundschaftsanfrage deshalb nicht. Aber weil diese zu erkennen gab, dass sie viele Details aus Miriams Kindheit kannte, akzeptierte Miriam schlussendlich die virtuelle «Freundschaft» doch. So nahm das Unheil seinen Lauf.

Mit Verleumdung gedroht

Innerhalb kürzester Zeit fügte die neue «Freundin», nennen wir sie Paula, viele andere Facebook-Freunde von Miriam ihrem eigenen Netzwerk hinzu. Das kam Miriam zwar komisch vor, doch sie ahnte noch nicht, was noch kommen würde. Da fing Paula plötzlich an, zu drohen: Sie würde Gerüchte und Unwahrheiten über Miriam in ihrem Freundeskreis verbreiten. Da sie nun

«Vierorts ist die Polizei überfordert.»

BARBARA SCHMID-FEDERER,
CVP-NATIONALRÄTIN, ZÜRICH

viele gemeinsame Freunde auf Facebook hatten, war diese Bedrohung durchaus real.

Das Unheimliche daran: Paula kannte Details aus dem Leben von Miriam, die nur sehr wenige Leute kennen konnten – doch wer sich hinter Paula verbarg, wusste Miriam nicht. Das Profil auf Facebook war nur eine Maske, der Name Paula nicht echt. Paula wurde immer dreister und drohte sogar, die Nachricht zu verbreiten, Miriam sei HIV-positiv. Als Miriam die falsche Freundin aus ihrer Freundesliste entfernte, ging der Terror per SMS und Telefon weiter. Er gipfelte in der Drohung: «Krepiere endlich!»

CVP-Nationalrätin für Bundesstelle

Die Schulen, Behörden und oft auch die Eltern wissen zuweilen nicht, wie sie betroffenen Personen, die im Netz gemobbt werden, helfen sollen. Deshalb sagt nun die Zürcher CVP-Nationalrätin

Barbara Schmid-Federer dem Cybermobbing den Kampf an. «Zwar haben einzelne Gemeinden und Schulen angefangen, die Schüler auf Probleme im Internet aufmerksam zu machen und sie besser zu schulen, doch das Ganze ist noch zu wenig koordiniert», sagt Schmid-Federer.

Sie will deshalb eine eidgenössische Stelle schaffen, die sich um die Bekämpfung von Cybermobbing kümmert. «Es braucht eine zentrale Stelle in der Schweiz, bei der alle guten Kräfte und Ideen zur Bekämpfung von Cybermobbing versammelt sind und koordiniert werden.» Das fange bei der Prävention an und gehe weiter bei der Schliessung von Lücken im Strafrecht und bei der Repression. «Es gibt Städte, die sind schon sehr weit, doch vielerorts ist die Polizei mit solchen Fällen noch überfordert», sagt Schmid-Federer.

Bei der Prävention können Schule und Eltern einen grossen Beitrag leisten. Für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene gibt es im Umgang mit dem Internet klare Verhaltensregeln (siehe Kasten).

Jugendliche surfen täglich

Die Internetnutzung nimmt einen immer grösseren Anteil der Freizeit von Jugendlichen ein. Dies zeigt eine neue Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW): Drei Viertel der befragten Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren haben einen eigenen Computer. 95 Prozent haben zu Hause Zugang zum Internet. Diesen nutzen sie rege: An Wochentagen surfen sie durchschnittlich zwei Stunden im Internet, an freien Tagen sogar drei Stunden. Fast 90 Prozent der Jugendlichen nutzen das Internet täglich oder mehrmals pro Woche.

29 Prozent der Heranwachsenden haben schon erlebt, dass Fotos oder Videos von ihnen ohne ihre Zustimmung ins Netz gestellt wurden.

Cybermobbing ist strafbar

Miriam S. ging schliesslich zur Polizei, und diese empfahl ihr, Anzeige zu erstatten. Die Polizei kopierte die Daten von Handy und Computer und nahm sich der Sache an. Doch zu einem Resultat führte die Fahndung nicht. Immerhin: Die Drohungen hörten auf. Miriam vermutet, dass die Person, die hinter den Drohungen steckte, Wind von der Klage gekriegt hatte.

Sollte «Paula» doch noch aufgespürt werden, dann drohen rechtliche Konsequenzen. Strafrechtsprofessor Daniel Jötsch sagt: «Wer im Internet jemand anderen beleidigt oder zu Handlungen drängt, der kann sich der Nötigung oder der Ehrverletzung schuldig machen.»

HINWEIS

► * Name der Redaktion bekannt. ◀



Soziale Netzwerke bergen die Gefahr, plötzlich anonym gemobbt zu werden.

Getty

So surfen Sie sicher

INTERNET red. Das sollten Kinder und Jugendliche wissen, wenn sie im Internet surfen:

- Ich weiss, dass Internet-Bekanntheit nicht immer die sind, für die sie sich ausgeben.
- Namen, Adressen und Telefonnummern verrate ich niemandem im Netz.
- Personen, die ich im Internet kennen gelernt habe, treffe ich nie ohne erwachsene Begleitung.
- Wenn etwas Komisches passiert oder wenn ich belästigt werde, spreche ich mit meinen Eltern oder einer Vertrauensperson darüber.

Tipps für alle Surfer:

- Überlegen Sie sich genau, welche Informationen und welche Bilder Sie im Internet preisgeben.
- Prüfen Sie die Einstellungen der Angebote, die Sie nutzen. Bei den meisten Angeboten muss man selbst die Privatsphäre einrichten und bestimmen, wer was sieht.
- Verraten Sie niemandem Ihr Passwort. Sie sollten es auch nicht aufschreiben. Es sollte Zahlen und Sonderzeichen enthalten.
- Nicht auf Attacken reagieren: Wenn jemand Sie im Internet oder über das Handy belästigt, antworten Sie nicht darauf.
- Wenn Sie von Personen belästigt werden, falsche Informationen oder peinliche Bilder über Sie verbreitet werden, reagieren Sie und erstatten Sie Anzeige.

HINWEIS

► Quellen dieser Tipps:
www.saferurfing.ch ◀
www.schaugenu.ch ◀

ANZEIGE

POESIE – FEUER

BUCHERER VERBINDET



BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELN

BASEL BERN DAVOS GENÈVE INTERLAKEN LAUSANNE LOCARNO LUGANO LUZERN ST.GALLEN ST.MORITZ ZERMATT ZÜRICH | BERLIN DÜSSELDORF FRANKFURT HAMBURG MÜNCHEN NÜRNBERG | WIEN | BUCHERER.COM

Ständerat setzt auf neue Kernkraftwerke

BERN Der Ständerat hat in der Debatte über neue Atomkraftwerke ein erstes Zeichen gesetzt.

sda. Der Entscheid des Ständerats, auch in Zukunft die Möglichkeit zu haben, neue AKW zu bauen, fiel gestern mit 24 zu 11 Stimmen: Der Rat lehnte eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt ab, die den Verzicht auf neue AKW fordert. Vertreter aus den Reihen der FDP, der SVP und der CVP kritisierten, dass die Basler mitten im Spiel die Regeln ändern wollten. Die Verfassung schreibe eine ausreichende und breit gefächerte Energieversorgung vor.

Das Entscheidungsverfahren für den Bau neuer Atomkraftwerke sei im Kernenergiegesetz geregelt, sagte Rolf Bütti-

ker (FDP), der den AKW-Standortkanton Solothurn im Ständerat vertritt. Der Entscheid werde dabei dem Souverän überlassen. Entscheiden könne das Stimmvolk 2013. Die Standesinitiative wolle diesen Entscheid vorwegnehmen, kritisierte er. Der Bundesrat wird 2012 über die drei Gesuche entscheiden.

Der Weg, den Basel vorschlägt, um den Wegfall der Atomenergie zu kompensieren, erachtet Rolf Schweiger (FDP, Zug) als zu teuer. Nur eine reiche Region wie Basel könne es sich leisten, voll auf erneuerbare Energien zu setzen.

Vertreter der SP, der Grünen und der Grünliberalen forderten den Rat vergeblich dazu auf, der Standesinitiative Folge zu geben. Es sei eine Frage des Willens, den Verzicht auf neue AKW zu ermöglichen. Basel zeige, dass eine neue Energiepolitik nicht nur möglich und wirksam, sondern auch wirtschaftlich sei.